

MANNHEIMER  
ZENTRUM FÜR  
EUROPÄISCHE  
SOZIALFORSCHUNG



Kontinuität und Wandel in Politiknetzwerken  
am Beispiel der Arbeits- und Sozialpolitik  
vor und nach der deutschen Vereinigung

**Thomas Brechtel**  
AB II / Nr. 9  
Mannheim 1995

ISSN 0948-0080

**Arbeitspapiere**

**Working papers**

**Thomas Brechtel**

**Kontinuität und Wandel in Politiknetzwerken am Beispiel  
der Arbeits- und Sozialpolitik vor und nach der  
deutschen Vereinigung**

Thomas Brechtel:  
Kontinuität und Wandel in Politiknetzwerken am Beispiel der Arbeits- und  
Sozialpolitik vor und nach der deutschen Vereinigung:  
Ergebnisbericht für die Teilnehmer der Studie der 90er Jahre.  
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES).  
Mannheim, 1995.  
(Arbeitspapiere Arbeitsbereich II / 9)  
ISSN 0948-0080

Deckblattlayout: Uwe Freund  
Druck: Profil-Print<sup>®</sup>, 63110 Rodgau

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: DM 5,--

Bezug:

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

Redaktionelle Notiz:

*Thomas Brechtel ist seit 1994 am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I, Prof.Dr. F.U. Pappi, beschäftigt. Er hat seit 1.1.1995 ein Stipendium nach dem Landesgraduiertenförderungsgesetz und bereitet eine Dissertation zum Thema "Stabilität und Wandel in Netzwerken der deutschen Arbeits- und Sozialpolitik" vor.*

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Stabilität und Wandel in Politikfeldern: Die Arbeits- und Sozialpolitik im Vergleich	3
2. Forschungsstrategie: Arbeits- und Sozialpolitik in einem Politikfeld	
2.1. Die Abgrenzung des Politikfelds	5
2.2. Die Akteure des Politikfelds	7
3. Die allgemeine Machtreputation im Politikfeld	10
4. Die Informationsbeziehungen im Politikfeld	14
5. Ausblick	18
6. Literatur	20

## 1. Stabilität und Wandel in Politikfeldern: Die Arbeits- und Sozialpolitik im Vergleich

Ziel der vorliegenden Studie ist eine vergleichende Analyse der arbeits- und sozialpolitischen Politikentwicklung vor und nach der deutschen Vereinigung. Der überwiegende Teil der wissenschaftlichen Literatur zum politischen System der Bundesrepublik nach der deutschen Vereinigung weist vorrangig auf die Situation der fünf neuen Bundesländer und die Problematik der Hinterlassenschaften des sozialistischen Systems in der ehemaligen DDR hin. Demgegenüber plädiert Lehbruch (*Universität Konstanz*) in seinen Forschungsarbeiten dafür, den Blick vom „durchweg strategisch gesteuerten Institutionentransfer“ zwischen der *alten* Bundesrepublik und dem Gebiet der ehemaligen DDR stärker auf die Transformationsdynamik der Ebene *netzwerkartiger* Funktionszusammenhänge verschiedener staatlicher und privater Organisationen in unterschiedlichen Politikbereichen zu richten. Mit der vorliegenden Untersuchung steht ein direkter Vergleich auf der Grundlage solcher Netzwerkbeziehungen der beteiligten Akteure in einem ausgewählten Politikbereich auf Bundesebene im Vordergrund. Für die Phase der Beratung und Entwicklung von Gesetzesinitiativen auf Bundesebene, die wir mit unserem Vorhaben untersuchen, ist das Zusammenwirken der verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen charakteristisch. Während dieser Phase im Vorfeld der Verabschiedung oder Ablehnung eines Gesetzes treten die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Organisationen mit der Absicht auf den Plan, ihrem Einfluß auf die Gestaltung politischer Maßnahmen Geltung zu verschaffen. Wir entschieden uns daher, eine international vergleichende Studie der 80er Jahre für die Bundesrepublik nach der deutschen Vereinigung zu wiederholen. Auf der Basis einer unveränderten Forschungskonzeption bei der Auswahl der arbeits- und sozialpolitischen Gesetzesinitiativen und unter Verwendung derselben Interviewfragen an die ausgewählten Organisationsvertreter zur Erfassung ihrer Netzwerkkontakte sind wir nunmehr in der Lage, Fragen nach den Folgen tiefgreifenden institutionellen und politischen Wandels im Regierungssystem der Bundesrepublik zu beantworten, die über eine bloße inhaltliche Neuorientierung im Bereich der arbeits- und sozialrechtlichen Gesetzgebung hinausgehen. Die als Zeitvergleich angelegte Untersuchung zielt auf die Beantwortung der Frage ab, inwieweit Netzwerkstrukturen unter den beteiligten Organisationen im untersuchten Politikfeld über einen längeren Zeitraum unverändert bleiben. Auf der Basis eines Längsschnittvergleichs können somit Aussagen überprüft werden, die die Dauerhaftigkeit von Netzwerkstrukturen zum Thema haben:

- Kann man Netzwerke grundsätzlich als stabile Strukturelemente im politischen Prozeß ansehen?
- Inwieweit bieten etablierte Netzwerke neuen Organisationen die Möglichkeit des Zutritts?

- Besitzen etablierte Netzwerke die Fähigkeit, auf geänderte Rahmenbedingungen und Veränderungen zu reagieren?

Im Vordergrund steht die Frage nach Stabilität und Wandel von Netzwerkbeziehungen im Bereich der deutschen Arbeits- und Sozialpolitik unter den Aspekten geänderter institutioneller und politischer Rahmenbedingungen. Damit ist die Erweiterung des bundesrepublikanischen Parteienspektrums durch die PDS auf der einen Seite und die Erweiterung des Bundesrates um die fünf neuen Bundesländer auf der anderen Seite angesprochen. Neue Akteure werden aus dieser Perspektive nicht isoliert, sondern im Handlungskontext eines Politikfeld-Netzwerks betrachtet. Eine weitere institutionelle Veränderung, die vor allem politische Auswirkungen entfaltet, ist die Situationen der einfachen Mehrheit der Regierungskoalition in Bundestag und Bundesrat in der 12. Legislaturperiode. Der Regierungskoalition aus den Parteien CDU/ CSU, F.D.P. steht mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung Ende 1990 eine Mehrheit von SPD geführten Landesregierungen im Bundesrat gegenüber. Im Unterschied zur oben erwähnten Untersuchung der 80er Jahre ist damit erstmals eine christlich-liberale Bundesregierung mit einem mehrheitlich von der Opposition dominierten Bundesrat konfrontiert.

Inhaltlich umfaßt die vorgelegte Studie ein breites Spektrum. Es reicht vom kollektiven Arbeitsrecht über die Unternehmensmitbestimmung und die Stellung besonderer Personengruppen bis hin zur Sozialpolitik für Arbeitnehmer im Erwerbsprozeß und betrifft diejenigen Maßnahmen, an deren Finanzierung sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer als betroffene Gruppen direkt beteiligt sind. Zum Vergleich werden Ergebnisse einer Untersuchung der 80er Jahre herangezogen, deren deutsche Teilstudie von Professor Franz Urban Pappi am *Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung* abgeschlossen wurde. Die amerikanische Teilstudie wurde von Professor David Knoke (*Universität Minnesota, Minneapolis*) durchgeführt. Zu Japan liegen ebenfalls Untersuchungsergebnisse vor, die von Yukata Tsujinaka und Jeffrey Broadbend erfaßt wurden. Der für den vorliegenden Vergleich gewählte Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die 80er und frühen 90er Jahre, d.h. von der 10. bis zur 12. Legislaturperiode.

Als Akteure kommen alle relevanten Organisationen und Institutionen dieses Politikbereichs auf Bundesebene in Betracht, die während der Phase der Politikformulierung und Politikentscheidung regelmäßig beteiligt sind und über Informations-, Ressourcentausch- und Koalitionsbeziehungen miteinander in Beziehung stehen. Von diesen exekutiven, legislativen und gesellschaftlichen Organisationen wird angenommen, daß sie als korporative Akteure handeln. Damit ist empirisch die Annahme umgesetzt, daß in modernen Industriegesellschaften Organisationen, in denen Personen als Agenten ihrer jeweiligen Organisationen handeln, als Akteure anzutreffen sind und nicht länger einzelne Individuen. Dabei können allgemein politische Organisationen, denen das Recht zukommt, über politische Maßnahmen verbindlich zu entscheiden, von nichtstaatlichen Organisationen

abgegrenzt werden. Diese nichtstaatlichen Organisationen sind vor allem bei der Formulierung und Akzentuierung politischer Maßnahmen im Stadium vor deren Verabschiedung in Gesetzesform beteiligt. Ein Politiknetzwerk, welches aus Organisationen besteht, die durch Beziehungen bestimmten Typs miteinander verbunden sind, stellt somit in erster Linie ein analytisches Konzept dar. Nicht das Netzwerk, sondern seine Elemente (in unserem Falle die Organisationen des Politikfelds der Arbeits- und Sozialpolitik auf Bundesebene) handeln. Für unsere Befragung wurden die Hauptgeschäftsführer, Abteilungsleiter, leitenden Angestellten und Obleute ausgewählt, die ihre Organisationen vornehmlich bei den Beratungen des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung vertraten. Im Mittelpunkt der Analyse stehen vor allem die Beziehungen der beteiligten staatlichen Organisationen zueinander sowie deren Beziehungen zu den nichtstaatlichen Interessengruppen und Großorganisationen. Für die Erfassung dieser Beziehungen wurde ein standardisierter Fragebogen ausgearbeitet, mit dessen Hilfe die Spitzenrepräsentanten der identifizierten Organisationen persönlich befragt wurden. Die Interviews umfaßten erstens Fragen nach der allgemeinen gegenseitigen Machteinschätzung der auf Bundesebene beteiligten Akteure dieses Politikfelds sowie zweitens Fragen zum Umfang des Interesses an klassischen arbeits- und sozialrechtlichen Teilbereichen. Weiterhin bildeten die Fragen zu den konkreten Bereichen der Informations- und Koalitionsbeziehungen sowie zum Ressourcentausch der Akteure einen weiteren Schwerpunkt der Interviews.

Im Folgenden wollen wir eine kurze vergleichende Zusammenstellung ausgewählter Resultate der 80er und 90er Jahre präsentieren. Dazu haben wir uns für die Darstellung der Ergebnisse zu den Fragen der allgemeinen Machteinschätzung und der Informationsbeziehungen im Politikfeld Arbeit entschieden. Für die beiden Studien ist vorweg die außerordentlich hohe Teilnahmebereitschaft der ausgewählten Repräsentanten der politischen und nichtstaatlichen Organisationen zu erwähnen. Sie lag bei beiden Studien bei über 95 Prozent. Mit dieser außerordentlichen Datenqualität befinden wir uns in der positiven Ausgangssituation, den zu untersuchenden Politikbereich als nahezu vollständiges Handlungssystem aller Beteiligten erfaßt zu haben und auswerten zu können.

## **2. Forschungsstrategie: Arbeits- und Sozialpolitik in einem Politikfeld**

### **2.1. Die Abgrenzung des Politikfelds**

Nationale Politikfelder zeichnen sich neben einer Vielzahl von beteiligten Akteuren inhaltlich durch die legislativen Ereignisse sowie deren wechselseitige Beziehungen zueinander aus. Unter dem Politikfeld Arbeit, dessen symbolischer Bezugsrahmen das gesamte Arbeits- und Sozialrecht der Bundesebene ist, verstehen wir inhaltlich die Gesamtheit der

Maßnahmen, *die das Verhältnis von Arbeit und Kapital in der Bundesrepublik regeln* (Müller-Jentsch 1986: 9), und im Bereich der Arbeitspolitik auf die Ressourcenverteilung dieser Produktionsfaktoren Einfluß nehmen ( Pappi/ Knoke 1986: 3, Pappi 1992: 24 ). Damit verlassen wir mit unserer Untersuchung den engen Bereich einzelner Schwerpunkte wie etwa der reinen Arbeitsmarktpolitik und streben allgemeinere Aussagen über einen umfassenden bundespolitischen Politikbereich an.

Nach der Bestimmung des Untersuchungsbereiches wurden als Vorarbeiten für die Befragung zunächst diejenigen Gesetze im Bereich Arbeit und Soziales sowie benachbarter Ressorts identifiziert, die in den oben definierten Regelungsbereich fallen. Auf diese Art und Weise konnte eine inhaltliche Abgrenzung des Politikfelds Arbeit auf der Basis von 55 Gesetzentwürfen erreicht werden. Die Tabelle 1 informiert vergleichend über die Verteilung dieser Gesetzentwürfe und gibt Aufschluß über deren Verteilung auf die verschiedenen klassischen Teilbereiche des Arbeitsrechts. Dazu gehören das kollektive Arbeitsrecht mit den Teilbereichen des Tarifvertrags- und des Betriebsverfassungsrechts, das Arbeitsvertragsrecht und schließlich der Arbeitsschutz. Der Teilbereich der Unternehmensmitbestimmung bezieht sich auf die gesetzlichen Systeme der Beteiligung von Arbeitnehmern und ihren Vertretungen in den Organen von Unternehmen und Konzernen. Weiterhin werden die Fragen zur Sozialpolitik für Arbeitnehmer im Erwerbsprozeß und die Arbeitsmarktpolitik mit Maßnahmen der Arbeitsförderung als eigener Teilbereich ausgewiesen. Schließlich gehören die Bereiche der Diskriminierung im Beschäftigungssystem, der Schutz besonderer Personengruppen sowie die Rechtsprechung im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit zu diesen klassischen Teilbereichen des Arbeitsrechts.

Im Vergleich zur deutschen Untersuchung der 80er Jahre, deren genauer Untersuchungszeitraum zwischen 1983 und 1988 lag und 112 Gesetzentwürfe im Politikfeld Arbeit umfaßte, wurden für den kürzeren Zeitraum der 90er Jahre zwischen Mitte 1990 und Anfang 1994 insgesamt 55 Gesetzentwürfe im Politikfeld Arbeit identifiziert. Vergleichend wird hier vor allem das starke Übergewicht der Gesetzentwürfe zur Arbeitsmarktpolitik mit Ausrichtung auf arbeitsfördernde Maßnahmen im Bereich der neuen Bundesländer deutlich. Mit über 30 Prozent bilden diese Maßnahmen zu den 12,5 Prozent der 80er Jahre den Schwerpunkt der legislativen Aktivitäten auf Bundesebene. Die Ereignisse zur Sozialpolitik für Arbeitnehmer, das sind konkret Regelungen aus dem Bereich der Sozialpolitik, die die Stellung der Arbeitnehmer im Erwerbsprozeß betreffen und an deren Kosten Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen beteiligt sind, nehmen mit 29 Prozent in den frühen 90er Jahren gegenüber 25 Prozent während der 80er Jahre nach wie vor eine besonders zentrale Stellung in diesem Politikfeld auf Bundesebene ein. Die Aufmerksamkeit der Beteiligten richtete sich also vor allem auf diese beiden Bereiche. In den 90er Jahren traten dagegen Fragen aus den Bereichen Betriebsverfassung, Tarifvertragsrecht und Diskriminierung im Beschäftigungssystem auf Bundesebene sehr stark in den Hintergrund.



**Tabelle 1:** Die Verteilung der legislativen Ereignisse auf die klassischen Teilbereiche im Politikfeld Arbeit der 80er Jahre (1) im Vergleich zum Zeitraum der frühen 90er Jahre (2)

Teilbereich	(1) Anzahl der Ereignisse (%) <sup>1</sup> (80er Jahre)	(2) Anzahl der Ereignisse (%) <sup>2</sup> (90er Jahre)
1. Tarifvertragsrecht	2 (1.8)	0 (0.0)
2. Unternehmensmitbestimmung	4 (3.6)	4 (7.3)
3. Betriebsverfassung	10 (8.9)	0 (0.0)
4. Innere Organisation von Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Sozialversicherungsverbänden	1 (0.9)	2 (3.6)
5. Arbeitsvertragsrecht	22 (19.6)	5 (9.1)
6. Technischer Arbeitsschutz	0 (0.0)	2 (3.6)
7. Arbeitszeitschutz	17 (15.1)	2 (3.6)
8. Sozialpolitik für Arbeitnehmer	28 (25.0)	16 (29.0)
9. Schutz besonderer Personengruppen	10 (8.9)	3 (5.5)
10. Diskriminierung im Beschäftigungssystem	3 (2.7)	0 (0.0)
11. Arbeitsmarktpolitik	14 (12.5)	19 (34.5)
12. Arbeitsgerichtsbarkeit	1 (0.9)	2 (3.6)
Summe	112 (99.9)	55 (99.8)

## 2.2. Die Akteure des Politikfelds

Auf der Basis der legislativen Ereignisse im Politikfeld Arbeit auf Bundesebene wurden daraufhin die Beteiligten für die spätere Befragungsphase identifiziert. Dazu gehören als handelnde Einheiten im deutschen Regierungssystem die politischen Akteure (Fraktionen und Gruppen im Deutschen Bundestag, deren Ausschußmitglieder, die Bundesvorstände und Parteiorganisationen, die federführenden Bundesministerien sowie die 16 Landesvertretungen) und daneben die nichtstaatlichen Interessengruppen und Verbände (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufsverbände, Wohlfahrtsorganisationen, kommunale Spitzenverbände und Sozialversicherungsbehörden und -verbände). Als Kriterium für die Aufnahme der politischen Akteure in den Kreis der Beteiligten galt deren institutio-

<sup>1</sup> Nach König (1992) : 60.

<sup>2</sup> Eigene Auszählung.

nelle Zuständigkeit für diesen Politikbereich auf Bundesebene, beziehungsweise deren häufige und regelmäßige Teilnahme an den nicht-öffentlichen Sitzungen des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung. Als empirisches Kriterium für die Aufnahme der nichtstaatlichen Akteure, d.h. für die Identifizierung der einflußreichen Akteure außerhalb des Kreises rechtlicher Zuständigkeit galt eine mindestens zweimalige Einladung zu den öffentlichen Anhörungen über einschlägige Gesetzesvorhaben der federführenden Bundestagsausschüsse im Untersuchungszeitraum. Auf diese Art und Weise wurden für den Untersuchungsabschnitt der frühen 90er Jahre 114 Organisationen im Politikfeld Arbeit auf Bundesebene ermittelt. Die Tabelle 2 zeigt vergleichend die gruppierte Verteilung der für die Befragung ausgewählten Akteure der 80er und 90er Jahre.

**Tabelle 2:** *Gruppierte Verteilung der Akteure im Politikfeld Arbeit der 80er und 90er Jahre im Vergleich*

Organisationsgruppen	80er Jahre <sup>3</sup>	90er Jahre <sup>4</sup>
Gewerkschaften, Arbeitnehmerorganisationen	18	9
Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände	23	12
Kommunale Spitzenverbände	6	2
Berufsverbände ( Gesundheitswesen )	7	5
Sonstige Berufsverbände	5	4
Sozialversicherungsbehörden und -verbände	13	14
Wohlfahrtsverbände und Kirchen	8	10
Benachteiligtenorganisationen	5	2
Sonstige Organisationen	0	2
Politische Parteien und Parteiorganisationen	17	20
Bundesministerien	13	18
Landesvertretungen	11	16
<b>Summe</b>	<b>126</b>	<b>114</b>

Betrachtet man das Akteursspektrum der 80er und 90er Jahre im Hinblick auf die Gesamtsumme, so fällt zunächst eine Verringerung der Beteiligten von 126 Akteuren in den 80er Jahren auf 114 Akteure in den frühen 90er Jahren auf. Im wesentlichen sind die nichtstaatlichen Organisationen von diesem Prozeß betroffen. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Wirtschafts- bzw. Arbeitgeberverbände verzeichnen einen Verlust an zahlenmäßiger Präsenz im Politikfeld Arbeit der 90er Jahre gegenüber den 80er Jahren. Dies gilt ebenfalls für die kommunalen Spitzenverbände. Inwieweit diese Veränderungen einem Verlust an Bedeutung entsprechen oder eine interne Verdichtung dieser Organisationstypen auf einen oder wenige Spitzen- oder Dachverbände stattgefunden hat, kann nur durch eine

<sup>3</sup> Nach Pappi/ König/ Stadler (1989):8.

<sup>4</sup> Eigene Auszählung.

detailliertere Analyse zum Vorschein gebracht werden. Bei den politischen Akteuren im Politikfeld Arbeit hingegen kann durch die Erweiterung im Bereich der fünf neuen Bundesländer laut Einigungsvertrag ein Anstieg bei den Landesvertretungen von 11 auf 16 Länder und durch den Einzug der PDS in den Deutschen Bundestag eine Erweiterung bei den politischen Parteien und Parteiorganisationen festgestellt werden. Die Neugliederung des ehemaligen Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit aus dem mit dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Familie und Senioren und dem Bundesministerium für Frauen und Jugend drei eigenständige neue Ministerien hervorgegangen sind sowie die Erweiterung der Abteilungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, welche wegen ihrer inhaltlichen Bedeutung für den untersuchten Politikbereich als eigene Akteure im Studiendesign berücksichtigt werden, hat ebenfalls einen zahlenmäßigen Anstieg der Akteure im politischen Bereich zur Folge.

Generell gilt, daß bei den nichtstaatlichen Akteuren die Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände aber auch die Sozialversicherungsorganisationen traditionell stark in diesem Politikfeld vertreten sind. Ein Befund, der sich trotz einiger Verschiebungen in den jeweiligen Anteilen auch nach wie vor ablesen läßt. Anhand dieser Aufstellung der Akteursgruppen läßt sich zunächst eine gewisse Stabilität auf der Ebene der Beteiligten im Politikfeld Arbeit ablesen. Faßt man die Beteiligten in einer gröberen Einteilung in politische und nichtstaatliche Akteure zusammen, so ist vergleichend der zahlenmäßige Anteil der politischen Akteure gegenüber dem Anteil der nichtstaatlichen Akteure in den 90er Jahren stark angestiegen. Der Anteil der politischen Akteure, der über die 80er Jahre noch bei 33 Prozent gegenüber 67 Prozent nichtstaatlicher Akteure lag, ist nun auf 48 Prozent gegenüber 52 Prozent bei den nichtstaatlichen Akteuren angestiegen. Die Bedeutung staatlicher Akteure im Politikfeld Arbeit auf Bundesebene ist in den 90er Jahren also angestiegen. Welche Veränderungen davon auf die zugrundeliegende Tiefenstruktur der Akteursbeziehungen ausgehen, soll anhand weiterer Ergebnisse illustriert werden.

### 3. Die allgemeine Machtreputation im Politikfeld

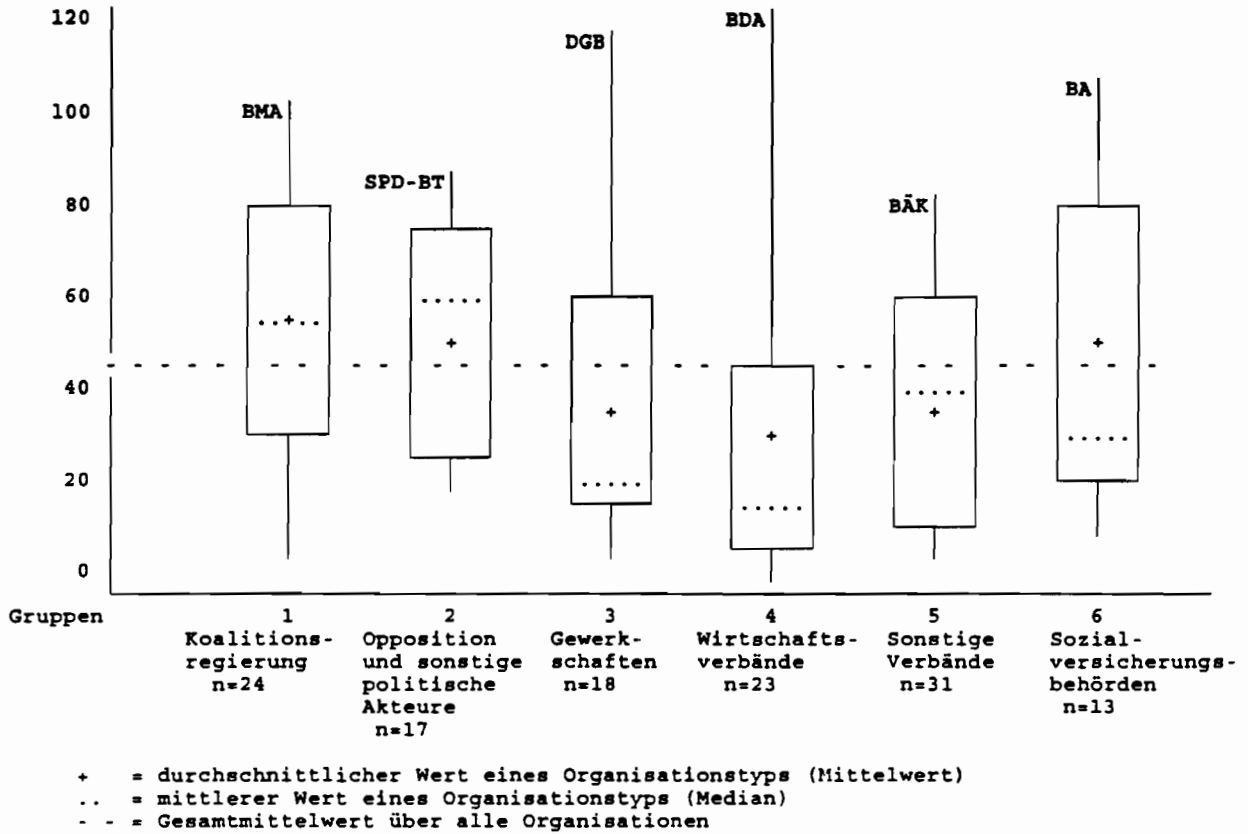
Als einen ersten Anhaltspunkt zur Beurteilung des politischen Einflusses bestimmter Organisationen in der deutschen Arbeits- und Sozialpolitik auf Bundesebene verwenden wir vergleichend die Ergebnisse einer gegenseitigen Machteinschätzung der Befragten aus den Interviews der 80er und 90er Jahre. Dazu wurde jede Organisation, repräsentiert durch ihren hauptamtlichen Vertreter, danach befragt welche anderen Organisationen sie in der Arbeits- und Sozialpolitik auf Bundesebene für besonders einflußreich hält. Die Schaubilder 1 und 2 zeigen die verschiedenen Akteursgruppen des Politikfelds Arbeit auf der horizontalen Achse. Vertikal ist die Anzahl der Nennungen abgetragen, die die jeweiligen Organisationsgruppen bei den Interviews erhielten.

Die Frage nach der Machtreputation spiegelt die generelle Perzeption von Macht und Einfluß unter den Akteuren im Politikfeld beziehungsweise das Machtpotential der Befragten wider. Für die Untersuchung wird die Machtreputation zur Überprüfung der getroffenen Akteursauswahl und als erster Indikator zur Beurteilung der Bedeutung einzelner Organisationen herangezogen. Im deutschen Politikfeld Arbeit erwarten wir beispielsweise eine prominente Stellung der Spitzenverbände im Bereich der nichtstaatlichen Organisationen der Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Sozialversicherungsbehörden und der sonstigen Verbände in ihrer jeweiligen Organisationsgruppe. Darüber hinaus sollten die Regierungsakteure im Hinblick auf die Anzahl der erhaltenen Machtnennungen an der Spitze der politischen Akteure der Koalitionsregierung zu finden sein. In dieser Gruppe befinden sich ebenfalls auch die Bundesministerien. Auf der Seite der Oppositionsakteure im politischen System der Bundesrepublik Deutschland erwarten wir eine sichtbare Stellung der SPD. Folglich sollte die Analyse der Antworten auf die Frage nach der Machtreputation vor allem das *Alltagsbild* wiedergeben, das sich dem Außenstehenden bei einer großen Anzahl von Beteiligten nicht immer sofort in vollem Umfang erschließt. Auf der Basis unserer Organisationsliste wurden die Befragten gebeten diejenigen Organisationen zu nennen, die ihrer Meinung nach besonders einflußreich im deutschen Politikfeld Arbeit auf Bundesebene sind. Dabei unterlagen die Befragten keinerlei Restriktionen im Hinblick auf die Anzahl der von ihnen geäußerten Nennungen.

Die Anzahl von Machtnennungen, die auf eine Organisation entfällt, soll uns als Maß ihres Einflusses im Politikfeld Arbeit dienen. Dabei gilt, daß eine Organisation umso einflußreicher ist, je mehr Machtnennungen sie von den anderen befragten Organisationen erhält.

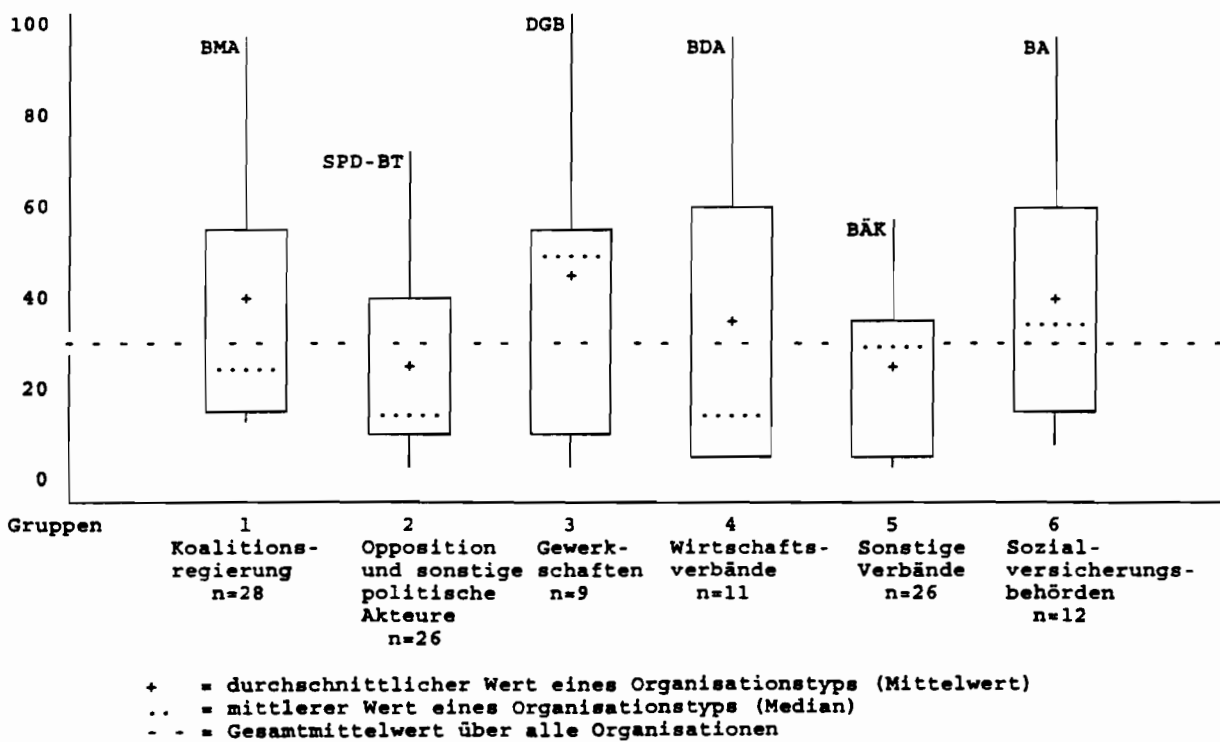
**Schaubild 1:** Die Machtreputation im Politikfeld Arbeit der 80er Jahre nach Organisationstypen gruppiert.

Anzahl der erhaltenen Nennungen



**Schaubild 2:** Die Machtreputation im Politikfeld Arbeit der 90er Jahre nach Organisationstypen gruppiert.

Anzahl der erhaltenen Nennungen



Eine nach verschiedenen Organisationstypen gruppierte graphische Auswertung der Machteinschätzung für die 80er<sup>5</sup> und 90er Jahre findet sich in den Schaubildern 1 und 2: *Die Machtreputation im Politikfeld Arbeit der 80er, beziehungsweise 90er Jahre nach Organisationstypen gruppiert*. Die Darstellung gibt den Median, den Mittelwert sowie das Minimum und Maximum der Verteilung an. Innerhalb einer Box liegen 50 Prozent der Verteilung. Die Spitzenreiter der jeweiligen Organisationsgruppen sind als Ausreißer am oberen Ende der Darstellung vermerkt. Das Schaubild 1 verdeutlicht ebenso wie das Schaubild 2 die besondere Bedeutung der Spitzenorganisationen im Bereich der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände im politischen System der Bundesrepublik, die auch durch die deutsche Vereinigung nicht gefährdet werden konnte. In einer allgemein eher homogenen Verteilung innerhalb dieser Gruppen nehmen die Spitzenorganisationen in diesen Bereichen eine besonders prominente Stellung ein. Weiterhin wird in Schaubild 1 deutlich, daß die Mittelwerte der Gruppen, die die politischen Akteure beinhalten über dem Gesamtdurchschnitt liegen. Bei den nichtstaatlichen Organisationen erreicht lediglich die Gruppe der Sozialversicherungsbehörden und -organisationen Werte oberhalb des Gesamtdurchschnitts. Innerhalb der Koalitionsregierung entfielen bei den Bundestagsfraktionen die meisten Nennungen (97) auf die CDU/ CSU. Betrachtet man innerhalb der Gruppe der Koalitionsregierung die Ministerien separat, so wird die erwartete zentrale Stellung des BMA (102 Nennungen) bestätigt. Insgesamt fällt bei den politischen Akteuren auf, daß lediglich die Länder als weniger einflußreich angesehen werden. Dabei war eine deutliche Abstufung zwischen Regierungs- und Oppositionsländern erkennbar. Die SPD geführten Länder spielten aufgrund der doppelten Mehrheit für die Koalitionsregierung während der 80er Jahre nicht *die* Rolle im Regierungssystem der Bundesrepublik. Unter den Oppositionsfraktionen nimmt die SPD Bundestagsfraktion die entscheidende Rolle ein. Die Gruppe der Sozialversicherungsverbände und -organisationen fällt durch ihren hohen Mittelwert von 45 Nennungen auf. Bei den Gewerkschaften, die als Gruppe unter dem Gesamtmittelwert liegen, kann die überragende Bedeutung des Spitzenverbandsystems anhand der Nennungen, die auf den DGB entfielen (117) verdeutlicht werden. Ähnliches gilt für die Gruppe der Wirtschaftsverbände, bei denen die BDA 118 Nennungen erhielt und damit noch knapp über dem DGB liegt. Auf den BDI entfielen 98 Nennungen. Bei den Berufsverbänden zeigte sich die prominente Stellung der Vertretungen der Ärzteschaft, im Besonderen der Bundesärztekammer (80 Nennungen). Bei den sonstigen Verbänden liegen die Wohlfahrtsorganisationen im oberen Bereich der Einflußskala. Auf den Reichsbund der Kriegsopfer entfielen 79 Nennungen.

Die Verteilung der Machtreputation der 90er Jahre nach der deutschen Vereinigung ist unter den nichtstaatlichen Akteuren ebenfalls von den Spitzenorganisationen geprägt. DGB (98) und BDA (95) liegen nicht nur innerhalb ihrer Organisationsgruppen, sondern auch im

---

<sup>5</sup> Vergl. dazu auch König (1992) : 120f.

Politikfeld insgesamt mit ihren Nennungen an der Spitze der Verteilung. In den 90er Jahren behauptet jedoch der DGB knapp vor der BDA die Spitzenstellung im Politikfeld. Bei den politischen Akteuren liegt die CDU/ CSU Bundestagsfraktion mit 80 Nennungen an der Spitze der Fraktionen. Bei den Bundesministerien besitzt erneut das BMA mit 95 Nennungen die prominente Position. Die Oppositionsakteure, nunmehr als Gruppe unter den Gesamtdurchschnitt abgerutscht, werden von der SPD Bundestagsfraktion mit 72 Nennungen angeführt. Als Besonderheit der 90er Jahre ist zu erwähnen, daß die Bundesbeziehungsweise Parteivorstände der Gruppen PDS und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN als einzige Organisationen keine Machtnennungen erhielten. Sie qualifizieren sich somit nicht für den Kreis der einflußreichen Akteure für diesen Politikbereich auf Bundesebene. Betrachtet man die Gruppe der Länder separat, so ist festzuhalten, daß sich der deutliche Unterschied zwischen Regierungs- und Oppositionsländern (43 zu 28 Nennungen), der noch in den 80er zu Zeiten einer komfortablen doppelten Mehrheit der Regierungskoalition in Bundestag und Bundesrat bestand, völlig aufgelöst hat. Regierungs- und Oppositionsländer stehen in der Frage nach der Machtreputation nun als gleichberechtigt nebeneinander (19 zu 18 Nennungen). Sowohl die Vertretungen der Ärzteschaft auf Bundesebene, als auch die Sozialversicherungsverbände und -organisationen konnten ihre prominente Stellung in diesem Politikbereich weiterhin behaupten. Im Bereich der sonstigen Verbände markiert die Caritas im Bereich der Wohlfahrtsorganisationen mit 36 Nennungen den einflußreichsten Vertreter im Politikfeld Arbeit der 90er Jahre.

Betrachtet man die beiden Schaubilder vergleichend, so fällt zunächst die große Stabilität der Machtreputation über die Akteursgruppen auf. Die Spitzenreiter der Organisationsgruppen unterscheiden sich über den Untersuchungszeitraum nicht voneinander. Wir haben es im untersuchten Politikfeld also bezogen auf die Einschätzung von Macht und Einfluß mit außerordentlich stabilen Strukturen zu tun, die vom Prozeß der deutschen Vereinigung unberührt geblieben sind. Generell gilt, daß die durchschnittliche Anzahl der Machtnennungen in der Studie der 90er Jahre zahlenmäßig abgesunken ist. Gemessen an diesen durchschnittlichen Werten der Machtreputation lassen sich einige Unterschiede durch den Vergleich aufzeigen. Die Machteinschätzung der Opposition liegt in den 90er Jahren unter dem Gesamtdurchschnitt. Die Machtreputation der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, die noch während der 80er Jahre unter dem Durchschnittswert lagen, ist nun auf Werte oberhalb des Gesamtdurchschnitts angestiegen. In der Wahrnehmung aller Politikfeld Akteure ist die Einflußeinschätzung auf die Gestaltung der Bundespolitik bei den nichtstaatlichen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angestiegen, während dies für alle anderen Organisationsgruppen nicht der Fall ist. Die Oppositionsakteure verzeichnen dabei den deutlichsten Rückgang.

#### 4. Die Informationsbeziehungen im Politikfeld

Ein weiterer Bestandteil unserer Erhebung wurde durch die Fragen zu den Informationsbeziehungen der beteiligten Akteure im Politikfeld Arbeit abgedeckt. Von den Informationen über politische Fragen nehmen wir an, daß sie für die Beteiligten ein wertvolles Gut zur Gestaltung der Bundespolitik darstellen, das nicht allgemein frei verfügbar ist und welches sie gezielt nachfragen. Die Informationsvermittlung auf der Basis von Netzwerkbeziehungen dient den Organisationen vor allem dazu, das spezifische Problem der Unsicherheit über das Entscheidungsverhalten der anderen relevanten Organisationen im Politikfeld abzubauen. Netzwerkkontakte der Informationsvermittlung dienen somit in erster Linie der Vorbereitung und gegenseitigen Abstimmung im Hinblick auf kollektiv verbindliche Entscheidungen. Dazu befragten wir die beteiligten Organisationen, in welchen Teilbereichen des Politikfelds Arbeit sie Informationen benötigen, die sie von anderen Organisationen bekommen (*Empfangen von Informationen*), und in welchen arbeitspolitischen Teilbereichen sie ihrerseits Informationen an andere Organisationen geben (*Senden von Informationen*). Die vergleichende Aufstellung in Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Dichten der Informationsnetzwerke. Der Wertebereich des Dichtemaßes verläuft vom niedrigsten Wert mit 0.0 ( d.h. keine aller theoretisch möglichen Beziehungen zwischen den Politikfeld Akteuren ist tatsächlich vorhanden) bis hin zum höchsten Wert von 1.0 ( d.h. alle theoretisch möglichen Beziehungen sind auch tatsächlich vorhanden). Das Dichtemaß gibt also zunächst einmal auf einem allgemeinen Niveau Auskunft über die Verbundenheit beziehungsweise über die Anzahl der tatsächlichen Kontakte im Verhältnis zur Gesamtzahl aller möglichen Kontakte im Gesamtnetzwerk.

**Tabelle 3:** Die Dichten der Informationsnetzwerke im Politikfeld Arbeit im Vergleich <sup>6</sup>

	80er Jahre	90er Jahre
Informationen Senden	0.181	0.206
Informationen Empfangen	0.166	0.208
Bestätigte Informationsbeziehungen	0.063	0.062

Die Dichten der von uns erhobenen Netzwerke in den 90er Jahren liegen generell leicht über denen der 80er Jahre. Von allen möglichen Beziehungen der Akteure zueinander sind etwa 20 Prozent realisiert. Der Unterschied zwischen den Netzwerken des Informations Sendens und des Informations Empfangens ist in den 90er Jahren weniger stark ausgeprägt

<sup>6</sup> Eigene Berechnung.



als in den 80er Jahren. Dazu muß ergänzt werden, daß die Informationsbeziehungen keineswegs zwingend symmetrisch sein müssen. Gibt eine Organisation A an, wichtige Informationen von B zu erhalten, so muß dies keinesfalls auch bedeuten, daß B ebenfalls angibt wichtige Informationen von A zu bekommen. Eine unterschiedliche und kontrastreiche Stellung der Organisationen im Politikfeld Netzwerk wird vor allem durch solche Asymmetrien sichtbar. In der unteren Zeile von Tabelle 3 werden die bestätigten Informationsbeziehungen zwischen den Akteuren im Politikfeld Arbeit abgebildet, d.h. eine Organisation wird nur dann als Empfänger von Informationen anderer Organisationen angesehen, wenn sie sich selbst als Empfänger dieser Informationen nannte und gleichzeitig von den betroffenen anderen Organisationen aufgeführt wurde, die als Sender von Informationen auftreten. Die Fragen zum Empfangen und Senden von Informationen wurden also aus der Perspektive aller Beteiligten für die Auswertung derart kombiniert, daß ein Netzwerk der bestätigten Informationsbeziehungen entstand, welches die Informationsbeziehungen mit höherer Verlässlichkeit abbildet als die ursprünglich erfragten Informationsbeziehungen. Die Dichten der Netzwerke der bestätigten Informationsbeziehungen sind deutlich geringer als die Dichten der ursprünglichen Informationsnetzwerke. Sie haben aber den Vorteil, die Informationsbeziehungen der beteiligten Organisationen im Politikfeld Arbeit auf eine Art und Weise abzubilden, die der Realität wesentlich näher kommt. Die Tabelle 4 liefert uns einen Hinweis darauf, daß die Informationsbeziehungen der Beteiligten im untersuchten Politikfeld nur zu etwa einem Drittel auf direktem Wege zwischen den Organisationen stattfinden. Diese Auswertung der Angaben der Befragten verdeutlicht den besonderen Umstand, daß Informationsprozesse vor allem über Dritte -sogenannte Makler oder Vermittler von Informationen- verlaufen. Direkte Informationsweitergaben finden im Politikfeld zu etwa 30 Prozent statt. Indirekte Verbindungen dagegen werden über zusätzliche Schritte über einen oder mehrere Vermittler realisiert. Der größte Teil der Informationsbeziehungen findet über diese indirekten Beziehungen statt. Alle Akteure im Politikfeld Arbeit der 80er Jahre sind über höchstens drei Schritte miteinander verbunden. Diese indirekten Beziehungen über mehr als zwei Vermittler kommen jedoch nur sehr selten vor. Als Besonderheit der 90er Jahre gilt das Auftreten isolierter Akteure. Im Politikfeld Arbeit nach der deutschen Vereinigung befinden sich Organisationen, deren feste Integration in den Kreis der arbeitspolitisch relevanten Akteure noch nicht stattgefunden hat. Ein Befund, den wir bereits bei der Analyse der Machtreputation feststellen konnten.

**Tabelle 4:** Direkte und indirekte Informationsweitergaben im Politikfeld Arbeit im Vergleich

	80er Jahre <sup>7</sup>	90er Jahre <sup>8</sup>
isoliert	0 (0.0 %)	555 (4.5 %)
direkte Beziehung ohne Vermittler	4483 (28.5 %)	3662 (29.4 %)
indirekte Beziehungen über einen Vermittler	10957 (69.5 %)	7506 (60.4 %)
indirekte Beziehungen über zwei Vermittler	310 (2.0 %)	709 (5.7 %)

Wir wollen abschließend die Analyse der Informationsbeziehungen im Politikfeld Arbeit mit einer Auswertung der bereits erwähnten bestätigten, direkten Informationsbeziehungen beenden (Tabellen 5 und 6). Dazu haben wir die Kontakthäufigkeiten aus den Netzwerken der bestätigten Informationsweitergaben auf der Basis der verschiedenen theoretischen Organisationsgruppen analysiert, die wir bereits bei den Auswertungen der gegenseitigen Machtreputation verwendet haben. Für die Gruppe der politischen Akteure wurde dazu jedoch eine feinere Unterteilung gewählt, die die Bundesministerien sowie die Landesvertretungen (getrennt nach Regierungs- und Oppositionsländern) als eigene Gruppen abbildet.

**Tabelle 5:** Die bestätigten Informationsbeziehungen im deutschen Politikfeld Arbeit der 80er Jahre (durchschnittliche Anzahl insgesamt: 110)

	Anzahl der Empfänge	Gruppen-durchschnitt <sup>9</sup>	Anzahl der Sendungen	Gruppen-durchschnitt
Gewerkschaften	91	5.05	94	5.22
Wirtschaftsverbände	119	5.17	156	6.78
Sonstige Verbände	186	6.00	202	6.52
Sozialversicherungsbehörden	153	11.77	157	12.08
Regierungsfraktionen	171	17.10	149	14.90
Oppositionsfraktionen	68	9.71	59	8.43
Bundesministerien	124	9.54	133	10.23
Regierungsländer	63	9.00	35	5.00
Oppositionsländer	16	4.00	6	1.50

<sup>7</sup> Nach König (1992) : 109.

<sup>8</sup> Eigene Berechnung.

<sup>9</sup> Anzahl der Nennungen der, die auf eine Organisationsgruppe entfielen dividiert durch die Anzahl der Organisationen in der betreffenden Gruppe

**Tabelle 6:** Die bestätigten Informationsbeziehungen im deutschen Politikfeld Arbeit der 90er Jahre (durchschnittliche Anzahl insgesamt: 86)

	Anzahl der Empfänge	Gruppen-durchschnitt	Anzahl der Sendungen	Gruppen-durchschnitt
Gewerkschaften	56	6.22	68	7.55
Wirtschaftsverbände	30	2.73	40	3.64
Sonstige Verbände	67	2.58	110	4.23
Sozialversicherungsbehörden	73	6.08	106	8.83
Regierungsfraktionen	134	13.40	43	4.30
Oppositionsfraktionen	92	9.20	49	4.90
Bundesministerien	149	8.28	233	12.94
Regierungsländer	68	13.60	37	7.40
Oppositionsländer	107	9.73	90	8.18

Für den Zeitraum der 80er Jahre fällt zunächst die Stellung der Regierungsfraktionen auf. Bezogen auf ihre jeweilige Gruppe bilden die Akteure der Regierungsfraktionen unter den politischen Organisationen sowohl beim Empfangen (durchschnittlich 17 Nennungen) als auch beim Senden (durchschnittlich 15 Nennungen) wertvoller Informationen die Spitzengruppe. Wie erwartet rangieren die Oppositionsländer zu Zeiten einer doppelten Mehrheit der Regierungsakteure in Bundestag und Bundesrat deutlich am unteren Ende der Verteilung. Ihre Stellung im Prozeß der Vermittlung wichtiger Informationen im Hinblick auf die Vorbereitung legislativer Maßnahmen entspricht eher einem Außenseiterstatus. Unter den nichtstaatlichen Organisationen nehmen die Sozialversicherungsverbände und -organisationen im Netzwerk der Informationsbeziehungen eine prominente Stellung ein.

Die Tabelle 6, die die bestätigten Informationsbeziehungen im Politikfeld Arbeit der 90er Jahre abbildet, zeigt interessante und deutliche Veränderungen bezüglich der Informationsbeziehungen zwischen den Akteuren. Diese Veränderungen weisen in erster Linie auf eine geänderte Rolle vor allem bei den politischen Akteuren hin, und rücken das bislang vorgefundene Bild der Stabilität im Politikfeld Arbeit in ein neues Licht. Der deutlichste Unterschied betrifft die Gruppe der Länder. Die Oppositionsländer haben ihre Außenseiterrolle, die sie noch während der Phase der doppelten Mehrheit zwischen Bundestag und Bundesrat besaßen, verlassen. In Bezug auf das Senden wertvoller Informationen im Politikfeld Arbeit konnten sie die Regierungsländer mit durchschnittlich 7.4 Nennungen sogar noch übertreffen (auf sie entfällt nunmehr eine durchschnittliche Anzahl von 8.2 Nennungen). Damit liegen sie generell im oberen Bereich der Verteilung.

Die Tabelle 6 verdeutlicht weiterhin den eher einseitigen Informationsbedarf der Regierungsfraktionen. Bei den bestätigten Empfängen im Prozeß der Informationsvermittlung nehmen sie ein weiteres Mal den Spitzenplatz ein. Als Sender wertvoller Informationen treten sie nicht länger in nennenswertem Ausmaß auf. Eine weitere Veränderung im Bereich der politischen Akteure betrifft diesbezüglich die Bundesministerien, deren vorrangige Aufgabe im Prozeß der Umsetzung und Durchführung der Gesetzgebung und der Steuerung nachgeordneter Verwaltungseinheiten nun vor allen Dingen die Weitergabe wichtiger Informationen an die beteiligten politischen und nichtstaatlichen Organisationen im Politikfeld Arbeit nach der deutschen Vereinigung gehört. Unsere Auswertung verdeutlicht diesen Aspekt der Informationsbeziehungen auf Seiten der Bundesministerien. Der Anteil der Informationen, die von den Bundesministerien als Sender ausgehen, und deren Erhalt von den übrigen Politikfeldakteuren bestätigt wird, erreicht in dieser Organisationsgruppe mit durchschnittlich etwa 13 Nennungen den höchsten Wert. Das gebündelte Expertenwissen der Ministerialbürokratie im Prozeß der Erarbeitung von Gesetzentwürfen im gegenwärtigen Transformationsprozeß, in dem sich das politische System durch die deutsche Vereinigung befindet, wird zu einem besonders wertvollen Gut für die Beteiligten im untersuchten Politikfeld.

## **5. Ausblick**

Die vorgestellten, vergleichenden Ergebnisse zum Politikfeld Arbeit der 80er und 90er Jahre haben vor allem deutlich gemacht, daß für die Netzwerke im zeitlichen Vergleich im untersuchten Politikbereich auf Bundesebene zunächst vieles für eine außerordentliche Stabilität der Beziehungsstrukturen spricht. Der tiefgreifende institutionelle Wandel, dem das politische System der Bundesrepublik durch den Prozeß der deutschen Vereinigung ausgesetzt ist, hat die Tiefenstrukturen in dem von uns untersuchten Politikbereich nicht radikal verändern können. Vieles spricht dafür, daß bestehende Strukturen der alten Bundesrepublik eine Fortsetzung finden konnten. Das bundesrepublikanische System der Spitzenverbände im nichtstaatlichen Bereich der Interessenvertretungen konnte sich unberührt behaupten. Im Bereich der politischen Akteure ist es auf der Ebene der Regierungsorganisation vor allem im Hinblick auf die Stellung der Bundesministerien und die Vertretungen der Länder auf Bundesebene zu Zeiten einfacher Mehrheiten zwischen

Bundestag und Bundesrat zu auffälligen Veränderungen zwischen den Beziehungen der beteiligten Akteure gekommen.

Die Integration neuer Akteure in das Politikfeld Netzwerk im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik findet bei gleichzeitiger Festschreibung der bestehenden Konfigurationen nur äußerst zögerlich statt. Lediglich den Landesvertretungen, die sich auf institutionalisierten Kanälen im Regierungssystem der Bundesrepublik bewegen, gelingt die Behauptung ihrer Stellung im Kreis der arbeitspolitisch relevanten Akteure.

Wie die bisherigen Auswertungen bereits zeigen konnten, ist vor allem eine Aufarbeitung der indirekten Beziehungen und Kontakte im Politikfeld Arbeit sinnvoll. Dabei wäre die Frage zu klären, inwieweit eine Gruppe von Organisationen über Spitzenverbände organisiert ist und welche Wirkungen die deutsche Vereinigung auf diese Spitzenverbandsstrukturen ausübt. In diesem Zusammenhang ließe sich weiterhin die Brückenfunktion solcher Organisationen für das System der Interessenvermittlung zu den politischen Entscheidungsträgern herausarbeiten. Weitere Analysen im Bereich der Regierungsorganisation in Zeiten unterschiedlicher Mehrheiten zwischen Bundestag und Bundesrat können unsere Kenntnisse über die Bedeutung sogenannter *kleiner Machtwechsel* abseits der parteipolitischen Zusammensetzungen verschiedener Bundesregierungen erweitern.

## 6. Literatur

1. **Bund Transparent** (1993). Parlament, Regierung, Bundesbehörden; Organisationen, Gremien, Anschriften, Namen. 10. völlig überarb. Aufl., Ausgabe '93/ 94. Bad Honnef.
2. **Deutscher Bundestag; Bundesrat (Hrsg.)** : Stand der Gesetzgebung des Bundes. Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Loseblattsammlung der 12. Wahlperiode 1990-1994. Baden-Baden.
3. **Halbach, Günter; Paland, Norbert; Schwedes, Rolf; Wlotzke, Otfried** (1991): Übersicht über das Recht der Arbeit. 4. Neubearb. und erw. Aufl. . Bonn.
4. **König, Thomas** (1992) : Entscheidungen im Politiknetzwerk. Der Einfluß von Organisationen auf die arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung in den 80er Jahren. Wiesbaden.
5. **Lehmbruch, Gerhard** (1993): Institutionentransfer. Zur politischen Logik der Verwaltungsintegration in Deutschland. In: Seibel, W./Benz, A./Mäding, H. (Hrsg.): *Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung*. Baden-Baden, S.41-68.
6. **Lehmbruch, Gerhard** (o.J.): Sektorale Variationen in der Transformationsdynamik der politischen Ökonomie Ostdeutschlands. Forschungsprojekt "Die Transformationsdynamik der Schnittstellen von Staat und Wirtschaft in Ostdeutschland". Konstanz: Fakultät für Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz.
7. **Müller-Jentsch, Walther** (1986) : Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung. Frankfurt/ M., New York.
8. **Pappi, Franz Urban** (1992) : Politische Entscheidungsprozesse in der deutschen Arbeitsmarktpolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* ( B 12/92 ): 32-44.
9. **Pappi, Franz Urban ; Knoke, David** (1986) : Politikfeld "Arbeit" in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika: Ein Vergleich der politischen Entscheidungsprozesse. Forschungsantrag: Antrag der deutschen Teilstudie. Institut für Soziologie der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel.
10. **Taschenbuch des öffentlichen Lebens: Deutschland 1992/93**. 40. Jahrgang, herausg. v. Prof. Dr. Albrecht Oeckl. Bonn.
11. **Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft** (1993), herausg. v. Verlag Hoppenstedt und Co. , 43. Ausgabe. Darmstadt.

**Bisher erschienen in der Bundesrepublik und in den USA folgende Literaturtitel im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt "Politikfeld Arbeit der 80er Jahre"**

1. **Knoke, David; Pappi, Franz Urban; Broadbend, Jeffrey; Tsujinaka, Yukata** (1995): Comparing Policy Networks. London: Cambridge (im Erscheinen).
2. **Knoke, David; Pappi, Franz Urban** (1991): Organizational action sets in the U.S. and German labor policy domains. In: *American Sociological Review* (56): 509-523.
3. **König, Thomas** (1994): Internationale versus Supranationale Politikfeldstrukturen. Eine Konzeption prototypischer Interaktionsmuster privater und politischer Akteure für den Vergleich europäischer Politikbereiche. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Arbeitspapier AB II, Nr. 3.
4. **König, Thomas** (1993): Die Bedeutung von Politik-Netzen in einem Modell politischer Entscheidung und politisch-privater Einflußnahme. In: *Journal für Sozialforschung* (33): 343-368.
5. **König, Thomas** (1992): Entscheidungen im Politiknetzwerk. Der Einfluß von Organisationen auf die arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung in den 80er Jahren. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
6. **König, Thomas** (1992): Kollektive Entscheidungsfindung im deutschen Politikfeld "Arbeit". Ein modellorientierter Politikfeld-Ansatz. In: *Politische Vierteljahresschrift* (33): 597-621.
7. **König, Thomas** (1991): Policy und Netzwerkanalyse. In: Ellwein, Thomas; Hesse, Joachim Jens; Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz W. (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft* Baden-Baden: Nomos. S. 241-256.
8. **Pappi, Franz Urban; König, Thomas; Knoke, David** (1995): Der Zugang zur Politik. Interessen, Institutionen und Politikfeldnetze im deutsch-amerikanischen Vergleich. Baden-Baden: Campus (im Erscheinen).
9. **Pappi, Franz Urban; Schnorpfeil, Willi; Knoke, David; Broadbend, Jeffrey; Tsujinaka, Yukata** (1993): Blockmodels as Power Structure Images. The German, American and Japanese Labor Policy Domains compared. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Arbeitspapier AB II, Nr. 2.
10. **Pappi, Franz Urban; Knoke, David; Bisson, Susanne** (1992): Information exchange in policy networks. In: Scharpf, Fritz (Hrsg.): *Games in Hierarchies and Networks* Frankfurt und Boulder, Colorado: Campus und Westview. S. 287-313.
11. **Pappi, Franz Urban** (1992): Politische Entscheidungsprozesse in der deutschen Arbeitsmarktpolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B12): 32-44.
12. **Pappi, Franz Urban; Knoke, David** (1991): Political exchange in the German and American labor policy domain. In: Marin, Bernd; Mayntz, Renate (Hrsg.): *Policy Networks* Frankfurt und Boulder, Colorado: Campus und Westview Press. S. 179-208.
13. **Pappi, Franz Urban** (1990): Politischer Tausch im Politikfeld 'Arbeit'. Ergebnisse einer Untersuchung der deutschen Interessengruppen und politischen Akteure auf Bundesebene. In: Ellwein, Thomas; u. a. (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft* Baden-Baden: Nomos. S. 157-189.